

NEUES AUS MITTE

Die parlamentarische Woche 01/2009

Termine

CDU Fraktion in der BVV

Mo. 18.05.09, 19.00 Uhr:

große Fraktion

Mo. 25.05.09, 19.00 Uhr:

kleine Fraktion

Do. 28.05.09, 17.30 Uhr:

Bezirksverordnetenversammlung

OV Bernauer Straße:

Sa. 21.03.2009; Canvassing

Sa. 18.04.2009, Canvassing

Sa. 25.04.2009, Sondercanvassing

Pro Reli Einladungen

zu Veranstaltungen erfolgen

gesondert, weitere Infos

unter www.cdu-best.de

OV Dorotheenstadt:

Sa., 21.03.2009, 11.00 Uhr,

Canvassing vor Ulrich, Ecke

Wilhelm-/Mohrenstraße

Do., 26.03.2009, 19.00 Uhr,

Bürgersprechstunde und

Stammtisch des Ortsverbandes

Dorotheenstadt, Restaurant

"Der Thüringer", Mohrenstraße 64,

10117 Berlin

Sa., 28.03.2009, 10.00 Uhr,

32. Landesparteitag der

CDU, Hotel Estrel

Di., 07.04.2009, 19.00 Uhr,

Bürgersprechstunde und

Stammtisch des Ortsverbandes

Dorotheenstadt, Restaurant

"Der Thüringer", Mohrenstraße 64,

10117 Berlin

OV Moabit:

Sa., 21.03.2009, 11.00 Uhr;

„CDU-Präsent“ vor der Arminius-

Markthalle

Di., 24.03.2009, 19.00 Uhr;

4. Standortkonferenz *Chancen*

für Moabit: „Eine neue

Zukunft für die Turmstraße“.

Vertreter des Bezirksamtes,

des Großmarktes und von

Planungsbüros berichten

über den aktuellen

Sachstand der Projekte

„Aktives Stadtzentrum“,

Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Freunde,

der Regierende Bürgermeister Wowereit bleibt in der Defensive. Nach den selbstherrlichen Entscheidungen der vergangenen Wochen befinden sich seine persönlichen Werte weiter im Sinkflug. Hauptursache dafür dürfte der Alleingang bei der Vergabe des Flughafens Tempelhof sein, aber auch die Entscheidung, den Termin für den Volksentscheid Pro Reli möglichst bürgerfeindlich und kostentreibend anzusetzen.



Die zunehmende Abnutzung der rot-roten Koalition macht sich in den Umfragen auch bei der Parteienpräferenz bemerkbar. In der jüngsten Forsa-Umfrage beläuft sich der Vorsprung einer sogenannten Jamaika-Opposition vor Rot-Rot auf neun Prozentpunkte. SPD und Linkspartei sind bei allen Umfrageinstituten weit von einer eigenen Mehrheit entfernt.

Die gute Zusammenarbeit der drei Oppositionsparteien zeigt sich unter anderem beim neuen Energiekonzept von Vattenfall. Das Umschwenken auf umweltfreundliche Energieträger ist auch ein Erfolg der Opposition im Abgeordnetenhaus. Der Regierende Bürgermeister Wowereit und der SPD-Fraktionsvorsitzende Müller hatten lange an den Plänen für ein Kohlekraftwerk festgehalten.

Weiter ganz oben auf der Agenda bleibt auch das Thema Bildung. Nach den 68 Schulleitern aus Mitte haben Ende Februar auch Kita-Leiterinnen aus allen zwölf Berliner Bezirken Brandbriefe an Bildungsminister Zöllner geschrieben. Dieses Bildungsdesaster, das von Zöllners völlig undurchsichtiger Schulstrukturreform flankiert wird, werden wir weiter anmahnen und auf überzeugende Lösungen drängen. Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch.

Mit freundlichen Grüßen
 Ihr

Frank Henkel, MdB
 -Kreisvorsitzender-

Termine

Arminius-Markthalle und Schultheiss-Brauerei; u.a.mit dem stv. Bezirksbürgermeister *Achim Zeller*; im „Rathaus-Café“, Turmstr. 85, (gegenüber Rathaus-Tiergarten)

Di., 31.03.2009, 18.00 Uhr
„Neumitglieder-Gespräch“ (Einladung gesondert)

Di., 07.04.2009, 17.00-19.00 Uhr; Sozialsprechstunde mit dem Bürgerbeauftragten Karl v.Freyhold im „Rathaus-Cafe“, Turmstr. 85 (gegenüber Rathaus Tiergarten)

OV Tiergarten:

Sa., 21.03.2009, 10.30 Uhr, CDU-Präsent, Hansaplatz, Levetzowstraße vor Reichelt
Sa., 28.03.2009, Landesparteitag, Einladung erfolgt gesondert

Sa. 18.04.2009, 10.30 Uhr, CDU-Präsent, Hansaplatz, Levetzowstraße vor Reichelt

OV Unter den Linden:

So. 29.03.2009, 10.00-17.00 Uhr; Klausurtagung des OV Unter den Linden in Neu-Hardenberg

Sa. 18.04.2009, 12.00 Uhr, Sondercanvassing Pro Reli, Ort wird noch bekannt gegeben

OV Wedding:

Sa., 21.03.2009, 10.00 Uhr, CDU-Canvassing

Sa., 21.03.2009, 12.00 Uhr; Bürgersprechstunde mit Sven Rissmann, MdA, und den Bezirksverordneten Carsten Spallek, Heinz Kiske und Hagen Streb, Salumeria „Mercantino“, Müllerstraße 118, 13349 Berlin, Restaurant „Postkutsche“, Gerichtstraße 34, 13347 Berlin

Di., 31.03.2009, 19.00 Uhr; Bürgersprechstunde, Restaurant „Postkutsche“, Gerichtstraße 34, 13347 Berlin

Berliner CDU begrüßt neues Energiekonzept von Vattenfall

Der Energiekonzern Vattenfall hat am 12. März sein Energiekonzept für Berlin vorgestellt. Die Pläne sehen einen Verzicht auf den Neubau eines Steinkohlekraftwerkes am Standort Klingenberg und eine Umstellung auf die Energieträger Erdgas und Biomasse vor. Die Opposition im Abgeordnetenhaus hat schon im vergangenen Jahr

einen Antrag eingebracht und Vattenfall aufgefordert, die Pläne für ein überdimensioniertes Kohlekraftwerk zu überarbeiten.

Der Fraktions- und Landesvorsitzende der Berliner CDU, **Frank Henkel**, begrüßte die Entscheidung von Vattenfall, auf den Neubau eines Kohlekraftwerks zugunsten umweltfreundlicher Energieträger zu verzichten.

Henkel: "Vattenfall hat die Bedenken und Vorschläge der CDU-Fraktion aufgegriffen und ist damit seiner ökologischen Verantwortung als größter Energieversorger der Stadt gerecht geworden." Dank dieser Entscheidung sei auch das Erreichen der Berliner Klimaschutzziele wieder möglich geworden.



Die neuen Planungen würden für Berlin aber nicht nur mehr Klimaschutz bedeuten, sondern vor allem Investitionen und Arbeitsplätze. Henkel: "Zum ersten Mal liegt für die Stadt ein zukunftsweisendes und klimaschützendes Energiekonzept vor, wozu der rot-rote Senat bis heute nicht in der Lage war." Während der Energieversorger Maßstäbe setze, bleibe der Senat weiter konzeptlos.

Rissmann: Von der Aue düpiert mal wieder die Genossen im Bund

Mit der Ablehnung des Antiterrorcamp-Gesetzes im März im Bundesrat hat die Berliner Justizsenatorin von der Aue einer ausgewogenen Strategie präventiver und repressiver Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung extremistischer Straftaten ihre Unterstützung verweigert.

Der Ablehnung der Novellierung des BKA-Gesetzes

zurückliegenden Dezember lässt die Senatorin damit aus rein ideologischen Gründen ein weiteres trauriges Kapitel folgen. Erneut versucht sie, sich auf Kosten der SPD im Bund zu profilieren. Denn der von ihr so vehement abgelehnte Gesetzentwurf ist das Ergebnis der intensiven Gespräche zwischen Bundesinnen-



Sven Rissmann, MdA

minister Schäuble (CDU) und Bundesinnenminister Schäuble (CDU) und Bundesinnen-

Termine

Junge Union:

Di., 24.03.2009, 19.00 Uhr, gemeinsame Veranstaltung der Kommission Innenpolitik des JU Landesverbandes und der Kreisverbände Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Tempelhof-Schöneberg und Spandau mit dem stellv. Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, Ernst-Lemmer-Institut, Suarezstraße 15-17, 14057 Berlin

Mi., 01.04.2009, 19.00 Uhr, Stammtisch der Jungen Union, Café ViaNova, Universitätsstraße 2-3a, 10117 Berlin

Sa., 04.04.2009, 17.00 Uhr, Band Contest mit dem Spitzenkandidaten der Berliner CDU zur Europawahl, Joachim Zeller, "Werk 9", Markgrafstraße 26

Mi., 08.04.2009, 19.00 Uhr, Kreisvorstand der Jungen Union Mitte, Neues Stadthaus 13403 Berlin

Senioren Union:

Mo. 27.04.09, 20.00 Uhr, „Wozu brauchen Obdachlose Kleingeld?“ Gespräch mit dem Vorstand des Vereins für Berliner Stadtmission, Pfarrer Hans-Georg Filker, Stadtmission, Lehrter Straße 68.

CDA:

Fr. 20.03.2009, 16.00 – 18.00 Uhr, Joachimsthaler Straße/Ku'damm (U-Bahnhof Kurfürstendamm) „Equal Pay Day“ mit CDA, Frauen in der CDA und Frauen Union - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer!

Sa. 21.03.2009, 10.30 Uhr, Canvassing der CDA Mitte mit der CDU Tiergarten, Levetzowstraße vor Reichelt
Sa. 18.04.2009, ab 11.00 Uhr, CDU Moabit und CDA Mitte auf dem Frühlingsfest in der Turmstraße (nähere

desjustizministerin Zypries (SPD). Die Novelle wird von der breiten Mehrheit der Großen Koalition im Bund getragen.

Der Regierungsentwurf sieht u. a. vor, bereits den Besuch eines so genannten Terrorcamps unter bestimmten Voraussetzungen unter Strafe zu stellen. Ermittlungsbehörden sollen künftig bereits im Vorfeld von möglichen staatsgefährdenden Straftaten stärker als bisher eingreifen können. Dass diese Regelungen erforderlich sind, haben die Ausführungen des für Terrorismusbekämpfung zuständigen Abteilungslei-

ters im Bundesinnenministerium (BMI) in der Anhörung im Rechtsausschuss in aller Deutlichkeit gezeigt. So sollen bereits 140 Deutsche oder in Deutschland lebende Personen Terrorcamps besucht haben. Die Zahl der Reisen so genannter "Gefährder" in Länder mit Terrorcamps nehme, so die Einschätzung des BMI, weiter zu.

Von Frau von der Aue erwarten wir, dass sie diese Erkenntnisse ernst nimmt und ihrer Verantwortung als Justizsenatorin endlich nachkommt.

Zum Hintergrund

Vor einem Monat fand im Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses eine Anhörung zu diesem Thema im Vorgriff auf die Bundesratssitzung statt. Neben Vertretern der Anwaltschaft, die den Gesetzentwurf ablehnten, war auch ein Vertreter des BMI anwesend, der nachvollziehbar darlegte, warum die Regelung erforderlich sei und dass ein realer Bedrohungshintergrund besteht. In der Diskussion sah sich der justizpolitische Sprecher, Sven Rissmann, einer Ablehnungsfront aller anderen Fraktionen (SPD, Linke, Grüne und FDP) ausgesetzt. Rissmann hielt gerade den SPD-Abgeordneten zahlreiche Zitate von SPD-Bundespolitikern bis hin zur BMJ Zypries vor, die die Notwendigkeit des Gesetzentwurfs verteidigten. Er entlarvte damit das durchschaubare Manöver der glücklosen Berliner SPD-Justizsenatorin, die offenbar ein

untauglichen Versuch der Profilierung vorhatte. "Zudem konnte sich die SPD-Fraktion wohl erneut nicht gegen die SED-Nachfolger in ihrer Koalition durchsetzen", so Rissmann weiter. Sven Rissmann, der neben dem Rechtsausschuss auch im Ausschuss für Verfassungsschutz parlamentarisch tätig ist, bewertet das Verhalten der SPD wie folgt: "Es ist geradezu grotesk und verantwortungslos, dass die ehemalige Volkspartei SPD bei einer so wichtigen sicherheitspolitischen Problemstellung mit gespaltener Zunge spricht: Auf Deiner einen Seite entwickelt man diesen Gesetzentwurf auf Bundesebene gemeinsam mit der Union, wie es schon der Koalitionsvertrag von 2005 vorsah, auf der anderen Seite spielt sich die Berliner SPD als Bedenkenträger auf und schürt unbegründet die Ängste der Menschen vor einem Überwachungsstaat.

Termine

Informationen unter
www.cda-mitte.de

MIT:

Do. 26.03.2009, 20.00 Uhr;
MIT-Treff: „Mittelstand und die Finanzkrise – Konjunkturprogramm I und II“, mit Dr. Michael Meister, MdB, stellv. Fraktionsvorsitzender, Ratskeller Reinickendorf, Eichborndamm 215, 13437 Berlin

Di. 07.04.2009, 18.00 Uhr;
MIT-Treff – „Dem Handwerk auf die Finger geschaut“, Werkstattbesuch mit Diskussion, Orthopädische Maßschuhe Klaus Achilles, Kluckstraße 36, 10785 Berlin, auch für Gäste

Mi. 12.11.08, 19.30 Uhr,
MITTreff- Mitglieder und Freunde tauschen sich aus! „Neumanns“, Alt-Moabit 126, 10557 Berlin-Tiergarten

Frauen Union

Mo., 26.03.2009, 18.00 Uhr;
Vorstandssitzung Restaurant „San Juan“, Turmstraße 34, 10551 Berlin

AK Kultur:

Mo. 27.04.09, 20.00 Uhr,
„Wozu brauchen Obdachlose Kleingeld?“ Gespräch mit dem Vorstand des Vereins für Berliner Stadtmision, Pfarrer Hans-Georg Filker, Stadtmision, Lehrter Straße 68.

AK Wirtschaft:

Mi., 22.04.2009, 19.00 Uhr,
Fraktionsraum 318 der CDU-Fraktion, Neues Stadthaus, Parochialstraße 3, 10179 Berlin, Thema: steuerpolitisches Programm der CDU Mitte für den Bundestagswahlkampf, Anmeldung bitte bei Jana Bunzel unter j.bunzel@bunzelundpartner.de

Zentraler Festplatz - Rot-Rot-Grün blockiert die Abtragung des Erdwalls

Die CDU-Fraktion hat im Dezember eine Initiative in die BVV eingebracht, den Erdwall zwischen zentralem Festplatz und Autobahn abtragen zu lassen. Damit sollte die Attraktivität des Platzes gestärkt werden und somit auch

Möglichkeit für den Bezirk bzw. das Land Berlin, über die

an den Einnahmen orientierte Pacht für das Gelände zusätzliche Erlöse zu erzielen. Als weiterer positiver Effekte sollte das abgetragene Erdreich zur Aufschüttung eines Lärmschutzwalls in Richtung der Kleingärten und Anlieger genutzt werden.

Obwohl es Signale vom Nutzer des Geländes gab, sich an den Kosten zu beteiligen bzw. diese zu übernehmen, wurde der Antrag von Rot-Rot-Grün abgelehnt. Als Argument wurde die Befürchtung vorgeschoben, das Erdreich könnte mit Munitionsresten kontaminiert sein. Dieser Vorwand dürfte sich allerdings als wenig

tragfähig erweisen. Zum einen gibt es Berichte, dass zur damaligen Zeit die Amerikaner den Franzosen (die den Übungsplatz nutzten) „Amtshilfe“ leisteten, indem Sie „normales Erdreich“ mit LKW heranschaffen ließen.

Zum anderen wurde der Wall erst nachträglich aufgeschüttet

bzw. lag in entgegengesetzter Richtung der Schießübungen, so dass sich Munitionsreste dort nicht finden lassen sollten. Da aber auch das Angebot zur Finanzierung einer Bodenprobenanalyse abgelehnt wurde, wird der Beweis dafür wohl noch auf sich warten lassen müssen.

Festzuhalten bleibt, dass eine Aufwertung des Festplatzes von Rot-Rot-Grün verhindert wurde und die langjährigen Wünsche der Schausteller erneut ungehört blieben, obwohl diese nicht nur Vergnügen und Unterhaltung bieten, sondern auch Ausbildungs- und Arbeitsplätze...



Impressum

Kreisverband CDU Mitte

V.i.S.d.P:

Frank Henkel, MDA

-Kreisvorsitzender-

Wallstraße 14a, 10179 Berlin

Tel.: 030-395 27 80; Fax: 030-390 34 144;

Email: cdumitte@aol.com; <http://www.cdumitte.de>